

Zimmermann auf sein Lieblingsressort »Umwelt« verzichten mußte. Von diesem Umweltministerium ist allerdings nicht bekannt, ob es über die Bundestagswahl hinaus Bestand haben wird. Zumindest die Frage der Kompetenzen steht dann neu zur Debatte. Wallmann selber ist in Hessen als ein entschiedener Freund der »Atomlobby« bekannt.

Wenn er nun Töne findet wie die Charakterisierung der Atomenergie als »Übergangsenergie« (und Förderung anderer Energiequellen), so zeigt das den Druck an, unter dem die bürgerlichen Parteien stehen. Plötzlich sind sie alle »grün« geworden. Und das ist auch das Konzept, mit dem die Parteien der herrschenden Klasse die Massenstimmung wieder für sich gewinnen wollen: Sie alle wissen, daß die Grünen in hohem Maße von der Unfähigkeit der »Volksparteien« profitiert haben, die gesellschaftlichen Widersprüche zu glätten und zu verdecken. Das ist der Sinn vieler Pressekommentare, in denen immer wieder gesagt wird, die Grünen füllten das »Defizit« der anderen Parlamentsparteien aus.

Tschernobyl hat dieses »Defizit« nicht geschaffen, sondern freigelegt. Entstanden ist jedoch zeitweilig ein innenpolitisches Vakuum, um das die Parteien kämpfen mußten. Der Versuch, durch ideologische und propagandistische Konzessionen die Massenstimmung für die bürgerlichen Parteien zurückzugewinnen, ist die eine Seite dieser Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite stand der Versuch, das Eindringen radikaler Kräfte in dieses Vakuum zu verhindern.

Die Niedersachsenwahl stand vor der Tür. Die CDU selber hatte diese Wahl zur »Richtungswahl« erklärt, sich darauf festgelegt, daß die Wahl die weitere innenpolitische Entwicklung anzeigen und bestimmen würde. Daran haben sich CDU, FDP und SPD gehalten, als es darum ging, im Vorfeld der Wahlen eine Ausweitung des Protestes durch die Demonstrationen von Brokdorf und Wackersdorf zu unterbinden.

Hier bot sich die Gelegenheit, Protestbewegungen und — stellvertretend für diese — die Grünen in die Schranken zu weisen, letztlich die Protestbewegungen zu kriminalisieren. Massendemonstrationen — wie in Brokdorf 1981 — sind nicht mehr einfach mit juristischen Mitteln zu verhindern (was die ursprünglich verbotene Demonstration in Wackersdorf bestätigt hat). Und es **durfte** auch keine Demonstration geben, die durch ihre Einheitlichkeit und Disziplin (wie in Brokdorf 1981) weitere Sympathien in der Bevölkerung schafft.

Deshalb hat die Polizei auftragsgemäß die Auseinandersetzungen selber herbeigeführt — mit allen heute zur Verfügung stehenden Mitteln. Das taktische Konzept hierzu drückte ein Polizeisprecher in Brokdorf so aus: »Wir werden nicht mehr nur reagieren, sondern agieren. Wir lassen uns das Gesetz des Handelns nicht mehr aufzwingen.« Es mußte durch den Polizeiapparat jene Ordnung geschaffen werden, in der die bürgerlichen Parteien ihre Reihen wieder ordnen konnten. Entsprechend diesem Konzept mußte der **gesamte** Protest kriminalisiert werden, Unterschiede zwischen »friedlichen« und »gewalttätigen« Demonstranten wurden erst gar nicht gemacht.

Der Wackersdorf-Faktor

Unterschieden wurde zwischen den verschiedenen Richtungen unter den Demonstranten auch deshalb nicht, weil diese Unterscheidung auch zunehmend in den Protestbewegungen nicht mehr gemacht wird. Die sogenannten »autonomen« und »militanten« Gruppen, die unmittelbar den Kampf gegen den Staatsapparat aufnehmen wollen, sind — zumindest in einigen Großstädten — bei Aktionen der letzten Zeit nicht mehr so isoliert wie noch vor einigen Jahren. Ihr Vorgehen wird wenigstens vorübergehend von anderen Teilen der Bewegung toleriert, manchmal sogar von Sympathie begleitet.

Rolf Lange, der Hamburger Innensenator, hat in einem Rundfunkinterview erklärt, die Polizei beobachte seit einiger Zeit, daß diese Aktionen von anderen Gruppen (er nannte »Christen« und »Gewerkschafter«) nicht nur geduldet, sondern sogar mit Beifall

Mehrfach wurde die Redaktion bei der Erstellung dieser Ausgabe aufgefordert, zur innenpolitischen Situation in der BRD nach Tschernobyl und Niedersachsen-Wahl Stellung zu nehmen. Nebenstehender Artikel wurde deshalb in der engeren Redaktion erarbeitet und in diese Ausgabe der »Arbeiterpolitik« aufgenommen. Selbstverständlich kann dieser Artikel nicht den Anspruch erheben, alle Gesichtspunkte ausreichend zu berücksichtigen. Diese Aufgabe muß der weiteren Diskussion in der gesamten Gruppe Arbeiterpolitik vorbehalten bleiben. 1.7.1986, die Red. ■

bedacht würden. Zugespielt hat sich dies in den letzten Monaten in Wackersdorf, wo der Protest und Widerstand breit in der Region verankert ist. (Siehe den Bericht in diesem Heft.) Dort steht die Polizei in einem Grabenkrieg, den sie aufgrund der besonderen örtlichen und regionalen Bedingungen noch nicht im Griff hat.

Gegen die »Autonomen« und »Militanten« führten Staat, Parteien und Presse eine breit angelegte Hetzkampagne. Dahinter steckt aber nicht nur das Interesse, Stahlkugeln und Molotow-Cocktails als **Anlaß** für weitergehende Unterdrückungsmaßnahmen zu nutzen. Dahinter steckt auch, daß die Härte des Widerstandes seitens eines Teils der Demonstranten das Ausmaß der gesellschaftlichen Polarisierung widerspiegelt. Auf sie muß eingeschlagen, gegen sie muß die »Volksmeinung« aufgehetzt werden, damit **andere** — Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, all die sogenannten »Randgruppen« — nicht auf den Gedanken kommen, Steine aus dem Pflaster zu reißen, Masken überzustreifen, sich zu bewaffnen gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat. Viele derjenigen, die wegen Tschernobyl das erstmalig demonstrierten, wollten zunächst nicht mit den »Chaoten« in Verbindung gebracht werden. Diese Verbindung hat die Polizei hergestellt. In Wackersdorf waren es nicht nur die »Militanten«, die Steine warfen. Bauern, brav aussehende Bürger wurden als Steineschmeißer verhaftet.

Die Furcht vor sozialer Unruhe, die die herrschende Klasse seit der Weimarer Republik beherrscht (und wozu präventiv ein riesiger Unterdrückungsapparat in der BRD geschaffen wurde), hat den Staat dazu gebracht, diesmal von sich aus das »Chaos« demonstrativ anzuzetteln.

Das Sicherheitsdenken des »friedlichen Bürgers«, das durch das innenpolitische Desaster nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl empfindlich gestört wurde, sollte in alte Bahnen gelenkt werden: »Seht her, das sind die wahren Freunde der (inneren) Sicherheit, wir aber stehen für Recht und Ordnung ein, wir haben alles unter Kontrolle!«

Appelliert wurde an jenes Element im kleinbürgerlichen Denken der Massen, das die Polarisierung scheut und zugleich zwischen den entgegengesetzten Polen der Auseinandersetzung hin- und hergerissen wird. Strauß wußte schon, weshalb er die Polizisten

Inhaltsverzeichnis

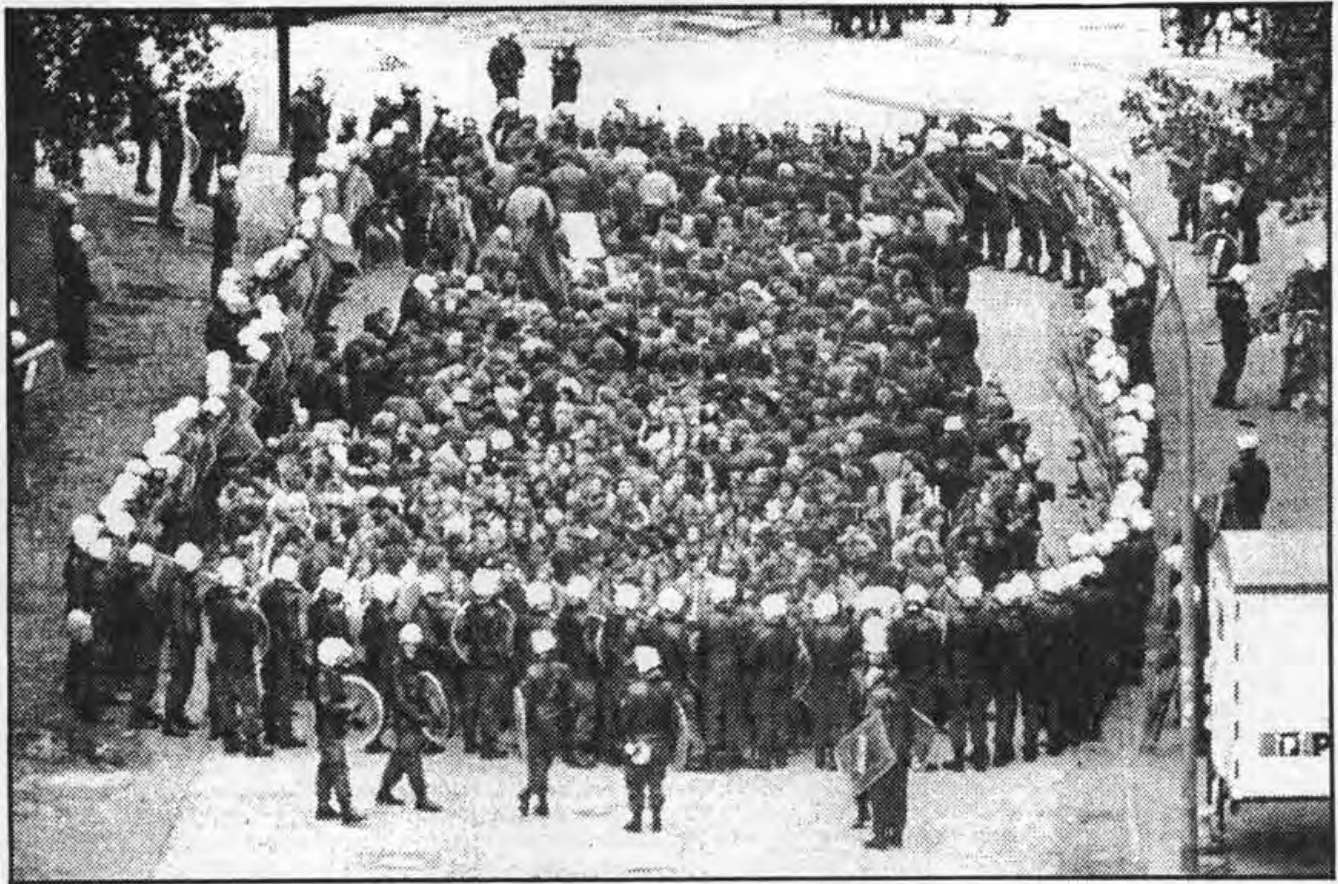
Nach Tschernobyl	1
Zu den Wahlen in Niedersachsen	4
Atomenergie in der Sowjetunion	5
Ein Wort an die Genossen der DKP	11
SDI: Strategische Angriffs-Initiative	12
DGB-Kongreß und Neue Heimat	17
Zur Diskussion über...	
...unsere Aufgaben in den Gewerkschaften (3 Beiträge)	21
Arbeiterkorrespondenzen	
Darmstadt: Pfingsten in Wackersdorf	26
Hamburg: Seeleutestreik	27

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



von Wackersdorf mit Soldaten verglich, die das »Land« verteidigen. So wie die herrschende Klasse in tiefen gesellschaftlichen Krisen den äußeren Feind braucht, um die inneren Widersprüche zu überdecken, so benutzt der Staat heute das Bild des inneren Feindes — die »Systemveränderer« —, um seine Basis im Massenbewußtsein wieder zu festigen. In Großbritannien nannte man das Falkland-Faktor, in der BRD kann man es den Brokdorf- oder Wackersdorf-Faktor nennen.

SPD: Halb grün, halb Noske

Die Sozialdemokratie war von der Zerreißprobe der »Volksparteien« besonders betroffen. Scheinbar hat sie es einfach, weil sie ja parlamentarische Opposition im Bundestag ist. Aber schon das Debakel um den Hochtemperaturreaktor in Hamm zeigte den Anteil der SPD an der allgemeinen »Informationspolitik« in der BRD.

Ebenso wie CDU, CSU und FDP hat sich die SPD daran beteiligt, mit halb-grünen Parolen die Massen zu befrieden, den »Dialog mit dem Volk« aufzunehmen, andererseits aber den aktiven Protest mit Polizeimethoden zu liquidieren. In Hamburg, einen Tag nach der Brokdorf-Demonstration, bewahrheitete sich das angesichts der stundenlangen Einkesselung von Demonstranten auf dem Heiligen-Geistfeld.

Die folgenden Auseinandersetzungen in der Hamburger SPD zeigen aber auch, wie sehr sich die gesellschaftliche Polarisierung in der SPD und der SPD-Politik fortsetzt. Die offene Distanzierung zweier Senatoren von dem Innensenator Lange, eine Art Westentschen-Noske, schließlich die öffentliche Entschuldigung von Dohnanyi und Lange bei den »friedlichen Demonstranten« (um den Rücktritt von Lange, damit eine Senatskrise vor den Bürgerschaftswahlen, zu verhindern) belegen, wie die Sozialdemokratie in diesen Auseinandersetzungen innerlich zerrissen ist.

Die SPD hofft darauf, daß einerseits der Unmut, die Unruhe bei den Arbeitern und Teilen der Mittelschichten nach vier Jahren CDU/CSU/FDP-Regierung bei den nächsten Wahlen der SPD zugute kommt. Andererseits muß die SPD dafür sorgen, daß der Funke der Sympathie mit den Protestbewegungen nicht auf die Arbeiter überspringt. Denn nähme sie wirklich den »Dialog« mit den Massen auf, führte sie eine offene gesellschaftliche Diskussion — etwa zur Energiepolitik —, so droht ihr, genauso wie den anderen »Volksparteien«, daß die kritischen Kräfte (ob aus der SPD selber,

den Protestbewegungen oder Grünen) immer mehr an Einfluß gewinnen. Auch die SPD muß mit verhindern, daß am anderen Ende des Verhandlungstisches die sogenannten »Systemveränderer« sitzen, solange sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht. Deshalb hat sie sich an der Unterdrückung und Kriminalisierung der Demonstrationen von Brokdorf und Hamburg beteiligt.

Sie befindet sich derzeit in dem Dilemma, daß sie eine »Mehrheit links von der CDU« braucht, letztlich also auch — in welcher Form ist dahingestellt — die Grünen, soweit es um die **Parlamentssitze** geht. Aber sie muß alles tun, damit sich diese »Mehrheit links von der CDU« nicht **auf der Straße** sammelt. Es darf nach dieser Logik keine politische Zusammenfassung des Protestes, der Opposition in der Gesellschaft geben. Um die Arbeiter und Angestellten davon abzuhalten, um den kritischen und klassenbewußten Kräften den Weg zu verbauen, die verschiedenen Strömungen des Protestes zu verbinden, dazu bedarf es auch mal eines »Bluthundes«, ob er nun Noske oder Lange heißt.

In den Gewerkschaften setzen sich diese Widersprüche fort. Auf dem Bundeskongreß des DGB in Hamburg haben sich zwar die verschiedenen Richtungen der Einzelgewerkschaftsführungen noch einmal zu einem Kompromiß zusammengerauft, der sich an die sozialdemokratische Losung vom »Einstieg in den Ausstieg« hält. Aber untergründig schwelen die Konflikte weiter: Wie in den 70er Jahren im Stadion »Rote Erde« in Dortmund trommeln nun dieselben gewerkschaftlichen Betriebsräte der Atomwirtschaft zur Gegenkampagne. Sie stellen, ebenso wie linke und aktive Kollegen, den Hamburger Kompromiß in Frage.

Die Grünen: Die Bewegung holt die Partei ein

Die Grünen haben sich nach Tschernobyl erhofft, daß die allgemeine Unsicherheit und Unruhe ihnen bei den nächsten Wahlen zugute kommt. Meinungsumfragen, die eine sprunghaft veränderte Haltung der Bevölkerung zu Atomanlagen anzeigten, wurden gleich hochgerechnet zu Prozentanteilen bei den Niedersachsenwahlen. Gleichzeitig haben sich die Grünen überall an der Vorbereitung und Durchführung der Protestaktionen beteiligt, waren oft offizielle Veranstalter bei Massendemonstrationen, bei denen es zu Auseinandersetzungen kam.

Die in den letzten Jahren aufgebrochenen Widersprüche bei den Grünen, zwischen den »Realpolitikern« (die auf parlamentarische

